

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 16

Artikel: "Gruppentest" der Repression : verschärftes sowjetisches Vorgehen gegen Dissidente [i.e. Dissidenten] und die internationale Menschenrechtskampagne
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094917>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weiß sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

Hier hat ein sowjetisches Akademie- und Parteimitglied mit dem Beifall des Autors eine Grundthese des Marxismus umgeworfen — die Formel, das Sein bestimme das Bewusstsein. Er rekapituliert auch die Schwierigkeiten im sowjetischen Wissenschaftsbetrieb unter Stalins Kulturpolizist Schdanow:

«Nach dem Krieg begann bei uns im Institut ein gewaltiges Gären der Geister, eine Umwertung vieler Werte; die Leute verfolgten anscheinend das Ziel, einander an Neuem und an paradoxen Beurteilungen zu übertreffen... In der Instanz' begannen Signale einzutreffen, man begann mich vorzuladen — so und so, Ihre Jungs (d. h. Uspenskij's junge wissenschaftliche Mitarbeiter — V.T.) predigen die Philosophie des Idealismus, verneigen sich vor bourgeoisen Autoritäten...» (NM 6, S. 71)

Und Judin merkt, dass es für Uspenskij — wollte er das Institut retten — nicht möglich gewesen war, ohne jede politische Rücksichtnahme die Wdowins zu feuern und die begabten Apolitischen zu behalten; dieser Konflikt und die Schuld, die sich der Institutsleiter gegenüber einigen Menschen auflud, haben seine Gesundheit mindestens so sehr ruiniert wie der (gerade deshalb zur Gewohnheit gewordene) starke Alkoholkonsum. Kron deutet lediglich an, dass die Todesursache wohl hier lag und dass Uspenskij sich nicht das Leben nahm. Indes, die «Schule» der Wahrheitssucher hat sich mit den Jahrzehnten doch durchgesetzt, und Kron-Judin kann — allerdings auf das Jahr 1957 bezogen — festhalten:

«Diese Schule verbietet es unter Androhung des wissenschaftlichen Todes, Fakten gemäss einer vorgegebenen Version zu gruppieren und zu färben.» (NM 6, S. 78)

«Amerikanische» Anmerkung: Die Spieler sind in allen Systemen gleich. Sie prostituieren ihr Talent unter Berufung auf diese oder jene Werte, mit deren Schöpfung sie nichts zu tun haben.

Der Höhepunkt in Judins Pariser Referat lautet: «Die Wissenschaftler müssen ihren Regierungen die Wahrheit sagen.» (NM 6, S. 76)

Hier gilt es zu wählen; Beta und Judin überzeu-

gen sich, dass Wdowin dieses Leitkonzept nicht anerkennt und also für das Institut nicht in Frage kommt.

Auch im Westen können die Gelehrten den falschen Weg wählen... In Paris betreut ein Biologe und Geschäftsmann aus den USA die Sowjetgäste. Womit er sich beschäftigt?

«Mit Prostitution im exaktesten Sinn dieses alten Begriffs. Wenn eine unschätzbare Gottesgabe, sei es Schönheit oder Talent, für Geld verkauft wird — das eben ist Prostitution. Ich habe die Frechheit anzunehmen, dass ich Talent hatte. Ich hätte etwas tun können für die Wissenschaft. Statt dessen habe ich nun ein Bankkonto...» (NM 6, S. 19)

Kron sagt das von einem frühen Emigranten, aber wie mancher Sowjetautor wird sich betroffen fühlen, der nach der Devise «Was beliebt den Herrschaften?» schreibt.

Der Amerikaner äussert sich auch zum Wettstreit zwischen «Kapitalismus» und «Kommunismus»: «... ich teile die Menschen in Schöpfer und Spieler ein (...). Die einen schaffen neue Werte und leisten so der weltweiten Entropie Widerstand. Die Spieler jonglieren bloss mit den Werten... Jetzt überlegen Sie sich wohl schon: 'Wir' sind die Schöpfer, 'sie' sind die Spieler. Wäre es so einfach, so wäre die Auseinandersetzung längst zu Ihren Gunsten entschieden worden. Auch unter Ihnen gibt es Schöpfer, aber auch unter Ihnen gibt es Spieler. Jeder Mensch hat die Wahl. Man begreift es nicht sogleich, und bisweilen begreift man's zu spät.» (NM 6, S. 20)

Der Autor hat noch rechtzeitig gewählt, so gefährlich es in der UdSSR auch ist, aus dem Kastensystem auszubrechen. Und es bedeutet viel, wenn Kron als Vertreter der älteren Generation sich der «Schule» angeschlossen hat, die als

grundlegende Lebensbedingung die *Wahrheit* auch gegenüber dem Regime vertritt. Um so eher können es die jungen Schriftsteller (und Wissenschaftler — und Sowjetbürger überhaupt) tun — ein Andrej Bitow, Rasputin, Trifonow, Litschutin, Wl. Kasakow.

Needful end statt happy end: Geh zur Mutter deines Kindes, die für dich geschwiegen hat und dich jetzt braucht.

Happy-End mit Beta endlich in Olegs Armen? Nein. Auch Judin hat seine Kompromisse geschlossen und Schuld auf sich geladen... Es ist Beta, die ihm zu bedenken gibt, dass er mitverantwortlich ist an Wdowins Fehlentwicklung, denn Judin hatte seinerzeit stark Hand an dessen Dissertation gelegt; und anders wäre Wdowin nie Kandidat der Wissenschaften geworden.

Und Beta ist es auch, die Oleg seine Pflicht klar macht: die «unsichtbar gepanzerte» Institutssekretärin Olga zu heiraten, die damals als seine Studentin ein Kind von Judin bekam, ihm aber, weil sie ihn liebt, die Karriere nicht verderben wollte und darum geschwiegen hatte.

Damit sind die beiden Menschen gefunden, die Oleg brauchen — seine Frau und seine Tochter. «Wie beschäftigt ich auch sein mochte, ich fand immer Zeit, jemanden ausfindig zu machen, den ich gerade brauchte. Um einen Menschen zu finden, der mich braucht, ist nicht mehr Zeit erforderlich.» Das realisierte er in einer schlaflosen Nacht, als er an zwei in Ungnade gefallene Freunde von früher dachte (NM 6, S. 96). Ehrlichkeit mit sich selber, innere Freiheit, Verantwortung — das sind die Forderungen, die Alexander Kron an sich und an jeden stellt.

Alexander, ich danke Ihnen für dieses Buch. ■

Verschärftes sowjetisches Vorgehen gegen Dissidente und die internationale Menschenrechtskampagne

«Gruppentest» der Repression

Die sowjetischen Behörden haben dieses Jahr ihren Druck auf die Bürgerrechtler merklich gesteigert. Das lässt sich im Fall ihres Vorgehens gegen die Gruppierungen zeigen, die zur Unterstützung der KSZE-Verpflichtungen gegründet worden sind. Bedeutet die innersowjetische Klimaverschlechterung das Scheitern der internationalen Menschenrechtskampagne, wie sie der amerikanische Präsident Carter zum Bestandteil seiner politischen Konzeption gemacht hat? Die Frage ist falsch gestellt.

Von Schikanen zu Verhaftungen

Seit 15 Monaten bestehen in der Sowjetunion die sogenannten Helsinki-Gruppen, bürgerrechtliche Vereinigungen, die das Regime zur Einhaltung der KSZE-Dokumente anhalten wollen. Nach anfänglichem Zaudern sind die Behörden mit polizeilichen Mitteln gegen die Angehörigen der OGS (so die russische Abkürzung) vorgegangen. Das erste Halbjahr 1977 ist unter dem eindeutigen Zeichen der Repression gestanden, im Versuch, diese Stimmen verstummen zu lassen.

Selbstverständlich gehört das zu den permanenten Bestrebungen der Machthaber. Aber hier geht es um eine Verschärfung des Vorgehens, die möglicherweise demonstrativ ist; sie könnte unter anderem darauf angelegt sein, dem Westen und insbesondere dem amerikanischen Präsidenten Carter zu beweisen, dass man sich von Menschenrechtskampagnen nicht beeindrucken lasse.

In diese Richtung würden auch die seit Frühling 1977 vermehrten Schikanen gegenüber westlichen Korrespondenten weisen, die Kontakte zu den «Dissidenten» pflegen.

Andererseits wiesen die Anzeichen schon unmittelbar nach Jahresbeginn auf die behördliche Entschlossenheit hin, den Aktivitäten der Helsinki-Gruppen ein Ende zu machen, zu einer Zeit also, da sich die Menschenrechtskampagne Carters noch nicht zu einem Faktor der internationalen Politik profiliert hatte.

Den Auftakt bildeten am 5. Januar 1977 Wohnungsdurchsuchungen, Materialbeschlagnahmungen und Polizeiverhöre. Betroffen waren fünf Mitglieder der Moskauer KSZE-Gruppe, die man zum Teil schon darüber informierte, dass Strafverfahren gegen sie eingeleitet würden. Die späteren Verhaftungen waren also schon damals beschlossene Sache; sie setzten dann im Februar ein. In den ersten acht Monaten ihres Bestehens

Zitiert...

«Es ist eine Lüge, dass Ihr Staat den Willen und die Interessen des Volkes ausdrückt und dass die ganze Macht dem Volk gehört. Es ist eine Lüge, dass das höchste Ziel Ihres Staates die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensstandards des Volkes ist. Es ist eine Lüge, dass Sie eine Politik des Friedens führen und für die Festigung der Sicherheit der Völker kämpfen. Eine Lüge ist die Erklärung von der freien Entwicklung der Nationen und vom Recht der Republiken auf freies Aus-treten aus der UdSSR. Eine Lüge und Schande ist Ihr Wahlsystem, über welches das ganze Volk spottet, eine Lüge und Schande ist Ihr Wappen, für das Sie die Ehren aus den USA importieren, eine Lüge und Schande ist Ihre Hymne, in der Sie Stalin durch Lenin ersetzt haben.»

Der Kiewer Schriftsteller Gelij Snegirew in einem offenen Brief, in dem er aus Protest gegen die Lügen der neuen Sowjetverfassung auf die sowjetische Staatsangehörigkeit verzichtet.
«Russkaja Mysl», Paris, 7. 7. 1977

war die Gruppe wohl allerhand Schikanen ausgesetzt gewesen, aber man hatte es nicht unterommen, sie «auszumerzen».

Eine Zwischenbilanz, die nicht alle Fälle umfasst, zeigt das Schicksal prominenter Bürgerrechtler innerhalb der Helsinki-Gruppen.

Viele Verleumder, ein Verräter und eine Brandstifterin

Von der Moskauer Gruppe wurden im Verlauf des Frühjahrs mehrere Mitglieder verhaftet; allerdings sind in dieser Zeit auch neue Personen zu der Gruppe gestossen. Sie hat seit ihrer Gründung im Mai 1976 über 20 Dokumente herausgegeben, deren Thematik von der Behandlung politischer Gefangener bis zur Lage der nationalen Minderheiten reicht. Besonders eingesetzt hat sich die Gruppe für die Gewährung von Freizügigkeitsrechten und zur Verteidigung der Rechte von Gläubigen.

In den Westen entlassen wurde am 22. Februar 1977 das Gründungsmitglied Ljudmila Alexejewa (siehe ihre Ausführungen für das ZeitBild in Nr. 7/1977); seither vertritt die Historikerin die KSZE-Gruppe im Ausland.

Zu den Verhafteten zählen die bekanntesten Mitglieder der Gruppe. Ihr eigentlicher Initiator, der Physikprofessor Jurij Orlow, wurde am 10. Februar eingesperrt und ist, wie das KGB Ende Juni seiner Frau mitteilte, der Verleumdung des Sowjetsystems angeklagt, wofür laut Art. 70 des RSFSR-Strafgesetzbuches 3 Jahre Freiheitsentzug drohen. Noch härter angefasst soll offenbar der am 3. Februar verhaftete Alexander Ginsburg werden: Wie im Juli inoffiziell verlautete, beschuldigt man ihn der antisowjetischen Agitation und Propaganda, was nach Art. 70 des RSFSR-StGB zu Freiheitsstrafen von insgesamt 15 Jahren führen kann.

Überaus ominös nimmt sich aber die Behandlung von Anatolij Schtscharanskij aus. Schon zur Zeit seiner Verhaftung hatte ihn die Presse beschuldigt, Spionage für die CIA zu betreiben, dies wegen seiner Kontakte zu ausländischen Korrespondenten, die man ihrerseits als feindliche Agenten bezeichnete. Inzwischen haben die Behörden verlautbaren lassen, dass man gegen ihn wegen Verrats ermittelt, worauf der Tod stehen kann (Art. 64).

Soll wirklich ein Exempel dafür statuiert werden, dass man es gegebenenfalls nicht dabei bewenden zu lassen braucht, die internationale Information über den Stand der Menschenrechte «bloss» als Einmischung zu taxieren...?

Aber so alarmierend dieser Schritt auf schiere Nazizustände wäre, so gibt es daneben auch ein Treten an Ort, das bei aller Perfidie die Anzeichen eines Grotesktanzes aufweist.

Die (vorerst) abgeschlossene Behandlung von Malva Landa weist eine seltsame Mischung von Unverschämtheit und Verlegenheit auf. Man hatte diesen Frühling in ihrem Zimmer Feuer gelegt, um ihr einen Prozess wegen Brandstiftung anzuhängen. Aber dann hatte das Gericht doch Hemmungen, die offenkundige KGB-Provokation als beweiskräftig zu erklären. So verfiel es auf die Ausflucht, von der Angeklagten den Beweis zu verlangen, dass sie ihr Logis selber nicht hätte anzünden können. (!) So zynisch dieser rechtliche und logische Kopfstand anmutet, muss man doch auch sehen, dass er einer Desavouierung der polizeilichen Darstellung gleichkommt. Das Urteil spiegelt diese eigenartige Kompromissfindung auf seine Art wider: zwei Jahre Verbannung. Strafe muss sein, aber wir ziehen mildernd in Betracht, dass das eingeklagte Vergehen nicht stattgefunden hat.

(Malva Landa hatte übrigens zusammen mit Tatjana Chodorowitsch nach der Verhaftung Ginsburgs von diesem die Verwaltung des von Soltschenizyn gestifteten Fonds für Angehörige politischer Häftlinge übernommen. Das war immerhin möglich gewesen. Gewiss hat der Staat ein

handfestes Interesse an Geldüberweisungen aus dem Ausland, weil er die Differenz zwischen dem offiziellen und dem effektiven Kurs für sich behält, aber diese Institution in den Händen von verfolgten Dissidenten ist doch bemerkenswert.)

Die Helsinki-Gruppen ausserhalb Moskaus

Wie man von Ljudmila Alexejewa weiss, hatte die Polizei auch gegen Mitglieder der litauischen KSZE-Gruppe zuweilen unpolitische Delikte ins Feld geführt. Das gehört an sich zur traditionellen Auswahl an KGB-Methoden, bedeutet aber gegebenenfalls und gegebenenorts doch eine Hemmung vor der offenen Abrechnung mit Bürgerrechtlern.

Diese ist freilich im Laufe der letzten Monate wieder zu einer Hauptwaffe geworden. Das hat sich auch in der Behandlung der ukrainischen Helsinki-Gruppe gezeigt. Anfang Juli wurden die im Februar verhafteten Mykola Rudenko und Olexij Tychyj zu sieben, respektive zehn Jahren Lager verurteilt. In beiden Fällen kommen noch fünf Jahre Verbannung hinzu. Der Schuldspruch erfolgte wegen antisowjetischer Agitation und Propaganda. Die gleiche Anklage wird laut Auskunft von General Pjotr Grigorenko (in der ukrainischen Emigrantenzeitung «Svoboda» vom 30. 6. 1977) gegenüber Myroslaw Marinowitsch und Mykola Matusewitsch erhoben, die seit Ende April eingesperrt sind. Schliesslich ist noch ein Verfahren gegen den Schriftsteller Oles Berdnik hängig, den man fürs erste nur vorübergehend festgenommen hatte.

Aehnlich wie die Moskauer Gruppe war auch die im November 1976 gegründete ukrainische Gruppe durch ihre Aktivitäten über die Landesgrenzen hinaus bekannt geworden. Sie hat neun Denkschriften herausgegeben und etliche Briefe über die Lage in der Ukraine in den Westen gelangen lassen.

In Georgien befinden sich Swiad Gamsachurdia und Merab Kostawa, Mitglieder der dortigen KSZE-Gruppe, deren Bestehen seit Beginn dieses

4 3/4 ANLAGE-HEFTE

4 1/2

KASSA-OBLIGATIONEN

COUPON für Geschäftsbericht in neutralem Couvert


Name _____

Strasse _____

Ort _____

CITY BANK

8021 Zürich
Talstrasse 58
Tel. 01 211 76 11



Importeur feiner Qualitätsweine

Ein feiner Tropfen vom Genfersee; etwas weniger bekannt, dafür günstig!
Corseaux «Clos de Chatonneyre» 1976
Ein voller, harmonischer Weisswein mit viel Körper und Harmonie.
Die Original-7/10-Flasche
Fr. 7.80

Vins Hess Weine
Bern - Steinhölzli Telefon 031/53 85 55

Jahres bekannt ist, seit April in Haft. Ungewiss ist das Schicksal von Viktor Rtschiladse. Die Helsinki-Gruppe scheint weitgehend affiliert zu sein mit der Georgischen Aktionsgruppe zur Verteidigung der Menschenrechte.

Das seit diesem Jahr verschärfte Vorgehen der Polizei gegenüber den KSZE-Gruppen ist nur Teilaspekt einer auch sonst bemerkten sowjetischen Verhärtung. Sie gilt zunächst den inneren Opponenten (und speziell den Juden unter ihnen), dann aber auch den Ausländern mit Kontakten zu diesen «Elementen». Westliche Korrespondenten sind vorübergehend festgenommen (wie der Amerikaner Robert Toth) oder ausgewiesen worden. Ganz allgemein macht man es ihnen schwerer, und wäre es durch massive Erhöhung der Mietzinse ihrer (zugewiesenen) Wohnungen.

Der «richtungsverkehrte» Fall der Sowjetdeutschen

Andererseits hat die Repression immer noch kein Einheitsrezept. Sie weist erratische Züge und Gegenläufigkeiten auf. Auch in den letzten Monaten sind etliche Bürgerrechtler in die Emigration entlassen worden (wobei die Aussperrung natürlich noch lange keine Freizügigkeit ist), unter ihnen Ilja Levin, Rudolf Fedorowitsch, Natalja Kasarinow, David Dar und Viktor Fain. Michael Stern kam aus dem Gefängnis in den Westen.

Eine sehr spezifische Verbesserung der Situation ist anscheinend in jüngster Zeit bezüglich der Sowjetdeutschen registriert worden. Sie hatten zu Beginn dieses Jahres zum Teil in dramatischen Aktionen (Aufrufe, Demonstration in Moskau, Eindringen in die BRD-Botschaft) versucht, eine nationale und internationale Öffentlichkeit auf ihre Lage aufmerksam zu machen, und waren dementsprechend polizeilich behandelt worden. (Die Moskauer Helsinki-Gruppe hat den Sowjetdeutschen ein eigenes umfangreiches Dokument gewidmet.) Nun scheint man ihnen plötzlich entgegenzukommen. Dem Vernehmen nach wurden im Juni mehrere ihrer verurteilten Aktivisten vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen; andern wurde die Bewährungsfrist abgekürzt. Auch sollen die Lokalbehörden angewiesen worden sein, Ausreisearträge von Sowjetdeutschen nicht länger mit Festnahme zu beantworten.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Sowjetbehörden damit ein Signal ins Ausland geben wollten: Seht ihr, man erreicht mehr mit einer Ostpolitik à la BRD als mit einer Menschenrechtspolitik à la USA. (Wobei es die Ostpolitik schon lange gibt, aber das allfällige sowjetische Bedürfnis nach dieser Beweisführung erst wegen Carters Politik geweckt worden wäre...)

Aber wie Ljudmila Alexejewa («The Washington Post», 6. 6. 1977) sagte:

«Wenn uns die Bürger eines freien Landes durch ihren Präsidenten ihre Anteilnahme bezeugen und uns ihre moralische Unterstützung zusichern, so kann uns das nicht schwächen. Es kann uns sogar nur helfen, auch dann, wenn es sich nicht unmittelbar auswirkt. Die erste Reaktion der Sowjetbehörden werden Erpressung und Machtdemonstration sein.»

Und schliesslich: Es geht überhaupt nicht an, das Entstehen für die Menschenrechte von der Zustimmung jener abhängig zu machen, die sie unterdrücken. Sonst wäre keine Diktatur der Geschichte überwunden worden. *rl/psv/cb*

Der Kommentar

Einst hatte er höhrend verkündet, in Portugal werde es keine Wahlen geben, geschweige denn ein Parlament. Jetzt fordert er selbst Wahlen: Alvaro Cunhal, Generalsekretär der portugiesischen Kommunistischen Partei (PKP), die zu den sowjetreuesten KP's Westeuropas zählt.

Portugals Wahlberechtigte, laut Cunhal nach einem halben Jahrhundert «faschistischer» Diktatur der Demokratie entwöhnt und daher ihrer Handhabung nicht fähig, haben seit dem Umsturz vom 25. April 1974 in vier Wahlen bemerkenswerten demokratischen Sinn bewiesen.

Seit einem Jahr regieren die Sozialisten (PSP) des Ministerpräsidenten Mario Soares in der Minderheit.

Die jüngste Zweckallianz sah die Sozialisten vereint mit den Sozialdemokraten. Damit wurde die notwendige Mehrheit geschaffen, um im Parlament gegen den erbitterten Widerstand der Kommunisten und der Zentrumsdemokraten das neue Landreformgesetz durchzubringen (siehe letzte Nummer). Für die Kommunisten ist dieses Gesetz «reaktionär», für die Zentrumsdemokraten hingegen zu «revolutionär».

Die kommunistische Forderung nach vorzeitigen Wahlen gilt nicht den eigenen Aussichten. Es dürften kaum zusätzliche kommunistische Abgeordnete (derzeit 40) ins Parlament gewählt werden. Erstrebt wird vielmehr eine weitere Spaltung der Sozialistischen Partei. Seit geraumer Zeit hat es Mario Soares mit einem rebellieren den linken Flügel in seiner Partei zu tun. Noch steht die Sozialistische Partei, wie kürzlich Meinungsumfragen ergeben haben, obenan, aber die Sozialdemokratische Partei von Sa Carneiro ist ihr dicht auf den Fersen. Einen neuen Ministerpräsidenten sähen viele Portugiesen auch in der Person von Freitas do Amaral, Chef der Zentrumsdemokraten. Offenbar wird in der PKP-Zentrale darauf spekuliert, die Sozialisten nach einer möglichen Wahlniederlage endlich in den «Griff» zu bekommen: Das hiesse «linke Einheit» beziehungsweise «Volksfront». Noch ist der Bestand der Demokratie in Portugal nicht gesichert. *gn*

In Kürze

In diesem Sommer ist in der Presse des Sowjetlagers eine unübliche Häufung von Angriffen auf Oesterreich festgestellt worden. Man wirft seinen Politikern und insbesondere Bundeskanzler Bruno Kreisky vor, ihre Neutralitätspflichten zu verletzen und nach revanchistischen Vorstellungen eine Revision der Grenzen in Osteuropa anzustreben. Auch lebe der Neonazismus wieder auf und schaffe eine explosive Stimmung, die insbesondere für die sozialistischen Nachbarstaaten bedrohlich sei. Im Westen fragt man sich, ob diese seltsamen Ausführungen über die Gefährlichkeit dieses kleinen Landes ein vorsorgliches Alibi darstellen, um eventuelle sowjetische Uebergriffe zu rechtfertigen, die für eine sowjeti-

sche Regelung der Jugoslawienfrage nach dem Tode Titos geplant sein könnten. Laut den seinerzeitigen Enthüllungen des tschechoslowakischen Generals Seina hatten frühere sowjetische Aufmarschpläne gegen Jugoslawien auch Teile des österreichischen Territoriums eingeschlossen. Ob dieses Eventualkonzept noch gilt, ist unbekannt.

Der Mannschaftsbestand der sowjetischen Einheiten in der DDR ist in den letzten Jahren um weitere 70 000 Mann erhöht worden. Damit befinden sich zusammen mit der 70 000 Mann starken Besatzungsarmee in der CSSR rund eine halbe Million sowjetischer Soldaten an den Grenzen Westeuropas.

Neun Sowjetdeutsche aus Kirgisien, die für ihr Durchbrechen des Polizeikordons und Eindringen in die Botschaft der BRD in Moskau zu 15 Tagen Haft verurteilt worden waren, haben sich mit einem Brief an Bundeskanzler Schmidt gewandt mit dem Vorschlag, sie gegen jene Kommunisten in der BRD auszutauschen, die laut Berichten der Sowjetzeitungen für ihre Ueberzeugungen verfolgt werden.

In Prag warteten Ende Juni 80 000 Bewerber auf einen Telefonanschluss und in Bratislava 37 000. Der Plan für die Erstellung von Drahtverbindungen war im Frühjahr als übererfüllt gemeldet worden.

In der Tschechoslowakei sind laut Mitteilung des Innenministeriums die paramilitärischen Einheiten der Polizei innerhalb der letzten fünf Jahre um 25 000 Personen auf einen Bestand von 67 000 Mitgliedern verstärkt worden.

Nach welchen Richtlinien werden in der CSSR einige der verhafteten Charta-77-Unterzeichner aus dem Gefängnis entlassen und andere nicht? Ein mögliches Kriterium ist gefunden: Bei den Freigelassenen soll es sich ausschliesslich um Nichtjuden handeln.

Im übrigen kämpft das CSSR-Regime weiterhin unbeirrt gegen den Rassismus.

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+

Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank

Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)